



Ausschuss für Frauenpolitik

14. Sitzung (öffentlich)

21. September 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 13:05 Uhr

Vorsitz: Elke Rühl (CDU)

Protokollerstellung: Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

Vor Eintritt in die Tagesordnung beschließt der Ausschuss auf die Bitte der SPD-Fraktion hin, die Anträge unter Punkt 6 „Den Menschen in den Mittelpunkt stellen - Psychiatrieversorgung in NRW weiterentwickeln und ganzheitlich ausrichten“ und „Psychische Erkrankungen frühzeitig erkennen und behandeln - durch verstärkte Aufklärung und niedrigschwellige Angebote zur Entstigmatisierung beitragen“ von der Tagesordnung abzusetzen.

1

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007)

1

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 14/2300

Vorlage 14/621 (Erläuterungsband zu Einzelplan 15)

Vorlage 14/640 (Erläuterungen zur Beilage 2 zu Einzelplan 15)

a) Einzelplan 15: Zuständigkeitsbereich des Ausschusses

b) Beilage 2 zu Einzelplan 15: Geplante Leistungen aller Ressorts, die ausschließlich Frauen zugute kommen sollen

- Einführungsbericht der Landesregierung

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch Minister Laschet entgegen und beginnt mit der Aussprache.

2 Zwangsheirat ächten - Opfer unterstützen - Zwangsehen vorbeugen 10

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/198

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/252

In Verbindung damit:

Wirksame Maßnahmen gegen Zwangsverheiratungen ergreifen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/1985 - Neudruck

Sowie:

Zwischenbericht zum Handlungskonzept der Landesregierung zur Bekämpfung von Zwangsheirat

Vorlage 14/583

- Bericht des Ministeriums für Generationen, Familie, Frauen und Integration
- Beratung und Abstimmung

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und bei Stimmenthaltung der Grünen-Fraktion lehnt der Ausschuss den Antrag der SPD-Fraktion ab.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Grünen-Fraktion und bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion lehnt der Ausschuss den Antrag der Grünen-Fraktion ab.

Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen stimmt der Ausschuss dem Antrag der Koalitionsfraktionen zu.

6 Verschiedenes

28

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen, sich an der Anhörung zum Ladenöffnungsgesetz des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Energie und des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales nachrichtlich zu beteiligen. Die Frage zur Geschäftsordnung der Abgeordneten Barbara Steffens (GRÜNE), ob ein Antrag auf Durchführung einer Pflichtsitzung durch die Ausschussmehrheit abgelehnt werden kann, soll bis zur Anhörung zum Ladenöffnungsgesetz am 18. Oktober 2006 geklärt sein.
